

Berghändler, Lothar

Article — Digitized Version

Zur Debatte steht: Angemessene Betriebsgrößen für den Europamarkt

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Berghändler, Lothar (1959) : Zur Debatte steht: Angemessene Betriebsgrößen für den Europamarkt, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 39, Iss. 10, pp. 553-554

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/132867>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Zur Debatte steht: Angemessene Betriebsgrößen für den Europamarkt

Immer mehr setzt sich heute die Erkenntnis durch, daß die wirtschaftliche Integration Europas auch Produktionsstätten verlangt, die der Marktgröße, d. h. der zu erwartenden Nachfrage, entsprechen. Diese Erkenntnis hat die bei uns herrschende Wettbewerbstheorie der sozialen Marktwirtschaft etwas erschüttert, und viele stellen die bange Frage, ob der Mittel- und Kleinbetrieb auf dem großen Markt nicht seine Konkurrenzfähigkeit einbüßen wird.

Beschränkte Spezialisierung

Die Markttheoretiker sind dann schnell mit dem Trost bei der Hand, daß die Strukturänderung des Marktes zu einer viel größeren Spezialisierung führen wird und daß die Klein- und Mittelbetriebe als Zulieferer von Vor- und Zwischenprodukten ihren Lebensbereich finden werden. Hierin liegen Wahrheit und Irrtum. Einerseits ist es ganz klar, daß mit der wachsenden Betriebsgröße schon im Interesse der Kostengestaltung auch ein vertikaler Ausbau des Produktionsprogramms erfolgen wird. Der Großbetrieb wird nur eine ganz bestimmte Art von Produktionen auf die Zulieferer abwälzen, nämlich die, die in der serienmäßigen Großproduktion nicht rentabel ausgeführt werden können. Außerdem müssen wir daran denken, daß das Zulieferersystem Abhängigkeitsverhältnisse schafft, die sich nicht sehr von der Abhängigkeit im Konzernverhältnis unterscheiden. Wir dürfen es uns nicht so sehr leicht machen, wenn wir die künftige Betriebsstruktur des Gemeinsamen Marktes untersuchen wollen. Auf jeden Fall muß dafür gesorgt werden, daß Übergangslösungen geschaffen werden, die es gestatten, den Übergang vom Mittel- zum Großbetrieb ohne ruinöse Vernichtung vorhandener Produktionskapazitäten sicherzustellen.

Expansion ohne Reserven

Die Entwicklung zum Gemeinsamen Markt geht parallel mit einer Entwicklung in den jetzt bestehenden Nationalwirtschaften: Die durch die Erhöhung des Lebensstandards und das Wachstum der Bevölkerung bedingte Wirtschaftsexpansion erfordert eine Ausweitung der Produktion, für die keine Kapazitätsreserven mehr zur Verfügung stehen, die aber durch eine Umstel-

lung der Produktionstechnik erreicht werden kann. Diese neue Produktionstechnik verlangt aber auch eine Umstellung in den Betriebsgrößen. Wenn wir innerhalb der Nationalwirtschaften mit ihrem immerhin begrenzten Markt nicht den Mut zu dieser produktionstechnischen Umstellung aufbringen, aus Sorge, daß sich diese neugeschaffenen Kapazitäten im Augenblick einer Recession als Fehlinvestition erweisen könnten, so ist die Notwendigkeit im Aspekt des Gemeinsamen Marktes nicht mehr von der Hand zu weisen.

Einkommensteigerung und Preissenkung

Der größere Produktionsausstoß, der mit einer Umstellung der produktionstechnischen Methoden zu erwarten ist — und dieser dürfte, da es sich um einen Schritt von der linearen Rationalisierung zur potentialen Automatisierung handelt, recht erheblich sein —, verlangt eine Einkommensteigerung oder eine Preissenkung. Dabei kann man sich schwer für eine Alternativlösung entscheiden. Das steigende Konsumeinkommen muß mit einer allgemeinen Preissenkung gekoppelt sein, wenn die Ausweitung der Kaufkraft ein Optimum erfahren soll. Auch hieraus ergibt sich die Forderung nach Betriebsvergrößerung. Nur ein Betrieb, der mit weniger Arbeitskräften eine bedeutend höhere Produktion erzielen kann, ist in der Lage, Lohnerhöhungen und Preissenkungen parallel vorzunehmen, denn die Rohstoffkosten dürften nach der Baisse eher im Anstieg sein, und auch die Energiekosten versprechen auf lange Sicht keine Herabsetzung. Die Spanne für Preissenkungen und Lohnerhöhungen liegt in den Arbeitskosten, die — zumal die linearen Rationalisierungsreserven weitgehend ausgeschöpft sind — nur durch Automatisierung zu realisieren ist. Und Automatisierung bedeutet Übergang zum Großbetrieb, wobei man bei der Unterscheidung

der Betriebsgrößen immer mehr den Produktionswert als die Beschäftigtenzahl zur Richtschnur nehmen sollte.

Entspannung der Arbeitsmarktlage

Wenn es heute unter dem Hinweis auf die angespannte Arbeitsmarktlage den Nationalwirtschaften noch einigermaßen leicht gelingen mag, die Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung in Grenzen zu halten, so wird man bei der Größe des Gemeinsamen Marktes, oder gar des europäischen Marktes, die amerikanischen Verhältnissen entspricht, nicht mehr lange zögern dürfen, um auf eine 40-Stundenwoche zu kommen. Das wird unsere Partner im Gemeinsamen Markt stärker berühren als uns selbst, die wir gegenwärtig den größten Vorsprung haben. Wir sollten deshalb diese Bewegung im Rahmen des größeren Marktes ermutigen, weil sie uns gleichzeitig einen Vorsprung hinsichtlich der Herstellungskosten geben wird. Andererseits läßt sich eine weitere Arbeitszeitverkürzung nur durchführen, wenn wir die Überanspannung des Arbeitsmarktes beseitigen können. Die Vollbeschäftigung liegt bei einer Beschäftigungsquote von etwa 96 %. Jede höhere Beschäftigung ist Überbeschäftigung. Eine Verkürzung der Arbeitszeit ist nur sinnvoll, wenn sie ohne Leistung von Überstunden durchgeführt werden kann, weil nur dann die vielgepriesene Produktivitätserhöhung zum Tragen kommt. Eine Entspannung der Arbeitsmarktlage ist aber nur durch eine produktionstechnische Umstellung zu erreichen, die auch eine Änderung der Betriebsgrößen erfordert.

Aus diesem Zwang zur Automatisierung und zum Großbetrieb (im Sinne der Produktionsleistung) ergibt sich eine beachtliche Umstrukturierung des Arbeitsmarktes. Das Niveau des Arbeitnehmers muß wesentlich angehoben werden, wobei es weniger auf Spezialisierung als auf technisches Verständnis an-



Neuheit
nur bei uns die Schreibmaschine mit Uhr
Fernher alle Fabrikate. Fordern Sie sofort Katalog D 573
Gelegenheiten, Umtauschrecht, Kleinst-Raten u. mehr
NÖTHEL & Göttingen-Deutschlands großes Büromaschinenhaus

kommt. Das Sträuben der Gewerkschaften in vielen Ländern gegen Einführung neuer produktionstechnischer Methoden ist eine falsche Politik, denn die Entwicklung wird nicht aufgehalten, und gerade die Arbeitnehmer werden an dieser Entwicklung profitieren, die ihnen ermöglichen wird, ihre sozialpolitischen Forderungen weitgehend durchzusetzen.

Verständnisvolle Kreditpolitik

Diese Entwicklung braucht Zeit, sie muß aber bereits jetzt selektiv einsetzen. Die dafür erforderlichen Investitionen sind ohne gesamtwirtschaftliche Schädigung kurzfristig nicht durchzuführen. Andererseits muß die Kreditpolitik aber einen ausreichenden Spielraum schaffen, um die dringlichsten Umstellungen zu ermöglichen. Wahrscheinlich werden sich gerade auch Rationalisierungsinvestitionen auf solchen Sektoren notwendig machen, die von der bisherigen Wirtschaftsentwicklung benachteiligt worden sind und deshalb nicht in der Lage sind, sich an den Kapitalmarkt zu wenden. Man wird sich auf jeden Fall Rechenschaft darüber geben müssen, welche Wirtschaftszweige durch eine Automatisierung den größten gesamtwirtschaftlichen Erfolg versprechen. Vielleicht ließe sich das auf dem Wege einer intereuropäischen Investitionsbank erreichen, die nicht von supranationalen Behörden, aber von supranationalen Wirtschaftsorganisationen geleitet wird und von den Partnerländern mit ausreichenden Kreditmitteln gespeist wird. Eine solche Institution müßte natürlich ohne Beeinträchtigung des freien Kapitalmarktes arbeiten.

Die Wettbewerbsordnung

Die Tendenz zur Betriebsvergrößerung wird eine Reihe von Unternehmenszusammenschlüssen, Fusionen und Abreden mit sich bringen, die es notwendig machen, unsere Vorstellungen von der Wettbewerbsordnung grundlegend zu revidieren. Die Wett-

bewerbsregelungen innerhalb des Gemeinsamen Marktes und erst recht innerhalb des größeren Europa unterscheiden sich sehr voneinander, es unterscheiden sich aber auch die Mentalitäten in diesem Bereich. Es dürfte für alle unternehmerischen Maßnahmen auf dem Gebiet der Betriebsvergrößerung von ganz entscheidendem Wert sein, wenn intereuropäische Richtlinien zur Wettbewerbsordnung aufgestellt werden könnten.

Diese Ausarbeitung gemeinsamer Richtlinien ist aus zweifachem Grund unumgänglich: Einmal ist es nicht angängig, daß die Unternehmungen in den Partnerländern unter einer unterschiedlichen Wettbewerbsregelung stehen und damit für die Entwicklung ihrer Betriebsgrößen verschiedene Startpunkte haben, andererseits — und das scheint mir für die nächste Zukunft das Entscheidendere — präsentieren wir durch unser engstirniges Wettbewerbsrecht den amerikanischen Europa-Investitionen einen ungeschützten Markt, eine Inversion, gegen die sich die europäischen Unternehmungen nicht einmal durch Abreden schützen können. Und bei aller Freundschaft zu Amerika geht das zu weit. Trotz aller ideologischen Anlehnungen an die amerikanische Wettbewerbsordnung weisen die gesetzlichen Regelungen, und besonders ihre Handhabungen, grundlegende Unterschiede auf.

Ganz abgesehen von dieser direkten Bedrohung des europäischen Marktes durch die außer-europäische Konkurrenz dürfte das Kartell, auch das Preiskartell, für die Harmonisierung der Preisebenen in den Partnerländern ein wichtiges Ordnungsinstrument sein. Kartellmäßige Abreden an sich sind weder gut noch böse, sie können einen wertvollen Beitrag zur Stabilisierung der Märkte, auch des Arbeitsmarktes, leisten, wenn die Gewähr gegeben ist, daß sie Preissenkungstendenzen nicht im Wege stehen. Auch die Fest-

stellung, daß ein Unternehmen marktbeherrschend ist, braucht keine Diskriminierung zu bedeuten, wenn durch die marktbeherrschende Rolle erreicht wird, daß zu den günstigsten wirtschaftlichen Bedingungen produziert wird.

Automatischer Preisdruck

Außerdem zeigt die Beobachtung der Preissituation in allen europäischen Ländern, daß die steigende Tendenz der Lebenshaltungskosten nicht durch die industriellen Erzeugerpreise, sondern durch die Kosten der Dienstleistungen, die Vertriebskosten und die ernährungswirtschaftlichen Erzeugerpreise ausgelöst wurden. Dies ist natürlich kein eindeutiges Argument. Man könnte entgegenhalten, daß die industriellen Erzeugerpreise eben noch tiefer hätten sinken müssen, wenn sie der strukturellen Änderung der Märkte hätten gerecht werden wollen.

Es dürfte aber kein Zweifel bestehen, daß bei einer Umstellung der produktionstechnischen Methoden das überaus erhöhte Angebot einen starken Preisdruck ausüben wird. Denn ohne beachtliche Preissenkung dürfte die Unterbringung des vergrößerten Angebots trotz erhöhten Masseneinkommens schwierig sein. Und man kann damit rechnen, daß gerade die modernsten Unternehmungen im Rahmen von Kartellabreden dafür sorgen werden, daß bei der Preisgestaltung scharf kalkuliert wird. Wir wollen die Gefahren kartellmäßiger Abreden nicht bagatellisieren, aber diesen Gefahren muß mit einer anderen Methode begegnet werden als durch grundsätzliche Verbote. Man darf sich auf dem intereuropäischen Markt nicht von vornherein eines Ordnungsmittels berauben, das dafür sorgen kann, daß die Unternehmungen in verschiedenen nationalwirtschaftlichen Gebieten auf eine Preisebene kommen, ohne sich gegenseitig zu ruinieren.

Lothar Berghändler

Dr. Herbert Marknerth, Bonn

Konzentrationsbewegung im Gemeinsamen Markt

Seit etwa einem Jahrzehnt ist in nahezu allen europäischen Volkswirtschaften eine beträchtliche Konzentrationsbewegung festzustellen; der Anteil großer Unternehmer — insbesondere nach Kapitalausstattung, Belegschaftsgröße und Rationalisierung — am Produktionsvolumen nimmt ständig zu, so daß

heute im Gebiet der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft etwa 70 % der industriellen Erzeugung in der Hand ausgesprochener Großunternehmen (mit mehr als 3000 Beschäftigten) liegen. Es bedeutet daher prinzipiell nichts Neues, wenn diese Konzentrationsbewegung sich im Rahmen des Gemeinsamen Marktes, d. h.